

Beschluss (vorläufig)

Ja, so schaffen wir das! Der grüne Plan für eine menschliche Flüchtlingspolitik und moderne Einwanderungsgesellschaft

Die Herausforderung

Weltweit werden derzeit so viele Menschen zur Flucht gezwungen wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Über 60 Millionen sind es laut offiziellen Berechnungen des UNHCR. Krieg, Verfolgung, Unterdrückung, Hunger, fehlende Zukunftsperspektiven oder Diskriminierung: die Liste der Gründe, die Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen, ist lang. Die Verzweiflung der Menschen, die sich auf den Weg machen, ist groß, sie lassen ihr Zuhause und oft auch ihre Familien zurück und riskieren, ihre Flucht mit dem Leben zu bezahlen. Die große Zahl an Schutzsuchenden, die derzeit vor den Krisen in den europäischen Nachbarregionen zu uns fliehen, stellen Europa und die Bundesrepublik vor große Herausforderungen. Für Deutschland ist es die größte seit der deutschen Wiedervereinigung. So viele Menschen wie nie zuvor werden dieses Jahr bei uns Schutz und einen Neubeginn suchen. Es ist heute schon absehbar, dass auch in den kommenden Jahren Einwanderung die Bevölkerungsentwicklung unseres Landes bedeutsam prägen wird. Das stellt unsere Gesellschaft und Infrastruktur vor große Herausforderungen. Wir sehen die notwendigen Anstrengungen - wir sehen aber auch die großen Chancen für unser Land und die Menschen. Denn natürlich ist auch Deutschland in der Lage, die derzeitige Herausforderung zu schaffen, wir müssen es nur wollen und angehen.

Doch wäre es fahrlässig, bloß auf die Chancen zu hoffen oder sie herbeizureden, ohne tatsächlich anzupacken. Trotz der guten wirtschaftlichen Ausgangsbasis ist unser Land auf die Aufnahme und Integration der großen Zahl an Flüchtlingen nicht hinreichend vorbereitet. In den letzten zwanzig Jahren wurden Strukturen der Flüchtlingshilfe und Integration stark abgebaut. Unterkünfte, Betten und Betreuungsangebote sind knapp. Behörden und Freiwillige arbeiten bis zum Anschlag. Länder und Kommunen arbeiten rund um die Uhr, um die Menschen aufzunehmen sowie unterzubringen und richten täglich weitere Liegenschaften zur Unterbringung ein. Wie sehr das für die Asylverfahren zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge überlastet ist, zeigt sich daran, dass fast 300.000 Altfälle noch nicht entschieden sind und die Behörde auch mit der Aufnahme neuer Anträge bei Weitem nicht nachkommt. Diese Situation hätte vermieden werden können. Allzu lange haben die Staaten der EU und auch Deutschland darauf gesetzt, dass die Menschen auf der Flucht aus Krieg und anderen Verheerungen außerhalb der EU oder an ihren Rändern zu halten wären. Entgegen anderer Forderungen - auch aus dem Flüchtlingsrat der Vereinten Nationen - wurde auf Abschottung gesetzt. Kürzungen der Beiträge zum Welternährungsprogramm, der UN Flüchtlingshilfe und in der Entwicklungszusammenarbeit zählen zu den gemeinsamen Fehlern und Versäumnissen der letzten Jahre. Es ist zynisch, wenn diese Situation jetzt genutzt wird, um Ressentiments gegenüber Flüchtlingen zu schüren.

Wenn wir diese Herausforderung schaffen wollen, müssen wir jetzt alle gemeinsam anpacken. Eine verantwortungsvolle und ehrliche Politik muss die Weichen stellen und praktisch handeln. Es sind alle gefragt und gefordert: Politik, und Wirtschaft genauso wie die Zivilgesellschaft und auch die Neuankommenden stehen vor der Herausforderung, sich in ihrem neuen Umfeld einzuleben und sich ein neues Leben aufzubauen. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch die Feststellung, dass es aktuell keine perfekten Lösungen gibt.

Wir sind froh und dankbar über alle, die in der Krise anpacken statt bloß zu lamentieren. Das vielleicht hervorstechendste Moment der letzten Wochen und Monate ist die riesige Hilfsbereitschaft und der Wille zu einem solidarischen Engagement für Flüchtlinge – und zwar quer durch alle Gesellschaftsschichten, in Stadt und Land. Auch in Ungarn, in Griechenland, an der türkischen Küste und entlang der Balkanroute gab es eine andauernde und nicht genug gewürdigte große Hilfsbereitschaft von Bürger*innen und Nichtregierungsorganisationen. Wer dagegen in dieser Situation zündelt und Stimmung gegen Flüchtlinge schürt, handelt unverantwortlich. Hier wissen wir die vielen Bürger*innen in diesem Land auf unserer Seite, die sich konsequent sowohl rechtsextremen Tendenzen als auch Stammtischparolen und Stimmungsmache in ihrem Alltag immer wieder entgegenstellen, welche die Not von Schutzsuchenden für Hass und populistische Propaganda missbrauchen.

Das Grundrecht auf Asyl ist ein Gebot der Menschlichkeit und der historischen Verantwortung. Es hat für uns uneingeschränkt Geltung – unabhängig von der Herkunft des Flüchtlings. Es kann und darf daher keine Obergrenzen für dieses Grundrecht geben. Erst ein rechtsstaatliches Verfahren kann über die jeweilige Gewährung oder Ablehnung von Asyl entscheiden – und nicht die Politik im Voraus. Die Bilder verzweifelter Flüchtlinge auf der Balkanroute oder bei der lebensgefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer zeigen, dass Europa heute mehr denn je gefordert ist, Verantwortung für Flüchtlinge zu übernehmen. Das Ziel, die Schutzsuchenden in Deutschland aufzunehmen und schnell gut unterzubringen, war und bleibt ebenso richtig wie die Forderung nach Solidarität unter den EU-Staaten und die Forderung nach sicheren Einreisewegen. Wenn Kommunen und Bundesländer bei all ihrer Hilfsbereitschaft an ihre Grenzen stoßen, müssen wir auf die gesamtstaatliche Verantwortung in Deutschland und auf die Solidarität in der Europäischen Union pochen. Hier darf es kein Europa der unterschiedlichen Verantwortungen und humanitären Standards geben.

Die Chancen

Deutschland hat viel Erfahrung bei der Aufnahme von Neuankommenden. Seien es die zwölf Millionen Vertriebenen nach dem 2. Weltkrieg, die so genannten „Gastarbeiter*innen“, von denen 3 Millionen blieben, die Wanderungsbewegungen nach der Wiedervereinigung, die Aussiedler*innen und viele Flüchtlinge, die beispielsweise in den 90er Jahren vor den Balkankriegen Schutz bei uns suchten. Nicht alles lief rund, es wurden auch Fehler gemacht. Aber die Menschen haben unser Land bereichert und gestaltet. Dabei haben sie unsere Gesellschaft verändert, unser Denken und auch sich selbst.

Wir erleben, dass unsere Gesellschaft, auch im Umgang mit Flüchtlingen, heute deutlich weltoffener ist als vor 25 Jahren. Viele Bürger*innen unseres Landes haben die Herausforderung angenommen, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und dies auch in Zukunft sein wird. Viele haben Berührungängste im Umgang miteinander abgebaut. Wir haben – angestoßen durch die rot-grüne Bundesregierung – begonnen, eine systematische Integrationspolitik zu entwickeln. An unserem Ziel von damals hat sich nichts geändert: Wir wollen, dass Ausländer*innen und Flüchtlinge zu Bürger*innen werden. Dazu ist es auch wichtig, die Kenntnis der deutschen Sprache verbessern, damit niemand ausgegrenzt ist und alle mitmachen können in unserer Bürger*innengesellschaft.

Wir wissen, dass eine gelungene Integration aus Einwanderung eine Erfolgsgeschichte macht. Auch in der gegenwärtigen Situation sehen wir trotz aller Schwierigkeiten vor allem die Chancen: sei es im Hinblick auf den Fachkräftemangel, auf den demografischen Wandel, die Zukunft unserer Sozialsysteme oder die Kreativität in Zivilgesellschaft, Kultur und Wirtschaft. Diese Chancen wollen wir erkennen und gezielt fördern. Zum Vorteil der Flüchtlinge – und für unsere Gesellschaft insgesamt.

Wir sehen aber auch die Herausforderung für unsere Länder und Kommunen, die vielen haupt- und ehrenamtlichen Helfer*innen, von Polizei und Feuerwehr bis zum THW oder das DRK. Hier bewährt sich in diesen Tagen eine aktive Bürger*innengesellschaft, die das partielle Versagen staatlicher Infrastruktur durch persönliches Engagement auszugleichen sucht.

Dieses ehrenamtliche Engagement von so vielen Menschen, nicht zuletzt von Flüchtlingen selbst, verdient unsere Anerkennung. Es ist eine große Chance, die wir auch für die kommenden Herausforderungen nutzen müssen. Die Politik muss dieses Engagement unterstützen, aber sie darf sich nicht darauf ausruhen. Wir müssen und wollen das Ehrenamt stärken – gleichzeitig aber dafür sorgen, dass staatliche Versorgungslücken letztlich wieder durch die eigentlich zuständigen Behörden geschlossen werden. Die Bundesregierung, insbesondere Innenminister de Maizière, hat viel zu lange gezögert und gezauert. In das Chaos im Bund muss schnellstens Ordnung gebracht werden.

Der Auftrag

Deutschland muss sich jetzt auf seine Kräfte besinnen. Wir haben die Kraft, den Optimismus und alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Voraussetzungen dazu. Die letzten Monate waren geprägt von Empathie, Aufnahmebereitschaft und einem gerüttelt Maß an Improvisation. Das alles werden wir auch in Zukunft benötigen. Doch müssen wir jetzt einen Schritt weitergehen und umschalten - von der kurzfristigen Nothilfe hin zum Aufbau einer Infrastruktur, damit die Aufnahme und Integration hunderttausender Menschen, viele davon künftige deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, möglichst schnell, gut und nachhaltig gelingen kann.

Maßgabe für uns wird sein:

- Alles zu tun, um die Rechte von Flüchtlingen zu wahren, ihnen Sicherheit und Orientierung zu geben und sie bestmöglich in unsere Gesellschaft zu integrieren.
- Eine Überforderung staatlicher Institutionen durch eine um- und weitsichtige Politik zu vermeiden.
- Die haupt- und ehrenamtlichen Helfer*innen zu unterstützen. Die positive, gesellschaftliche Grundstimmung wollen wir bewahren, Verunsicherung vorbeugen und Fragen klären, aber auch jeglicher Form von populistischen Ressentiments, Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt, egal woher sie kommt, entschieden entgegenzutreten.

Wir müssen und wollen jetzt die notwendigen *Schritte nach vorne* gehen – und das heißt: schnell und umfassend handeln.

Zeitgleich zur der Aufnahme werden wir uns für eine möglichst schnelle und möglichst nachhaltige Integration von Flüchtlingen in unsere Gesellschaft einsetzen – und zwar auf allen Ebenen. Asylsuchenden, für die das Asylrecht nicht greift, die aber als Fachkräfte identifiziert wurden, wollen wir einen Spurwechsel aus dem humanitären Aufenthaltswort in einen Aufenthalt zum Zweck der Erwerbstätigkeit ermöglichen. Dabei ist klar, dass nicht alle, die in Deutschland Asyl beantragen, auch bleiben können.

Die Perspektive

Einwanderung hat Deutschland verändert und die gegenwärtige Flüchtlingsbewegung wird Deutschland verändern. Wichtig ist, dass die Neuankommenden von Beginn an richtig adressiert werden, nämlich als mögliche deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen.

Damit dies zu einem Erfolg wird, sind alle gefordert:

- Staat und Gesellschaft in dreierlei Hinsicht: Zum einen den Erfahrungsschatz von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte systematisch zu erkennen, zu erschließen, als Reichtum zu begreifen und zu fördern. Zweitens allen hier Lebenden, auch den Neuankommenden, eine soziale Durchlässigkeit unserer Gesellschaft zu gewährleisten und damit auch das soziale Aufstiegsversprechen einzuhalten. Und schließlich gilt es die Fehler der alten „Gastarbeiter*innen“-Politik zu vermeiden.
- Aber klar ist auch: Flüchtlinge wollen dieses Land zu ihrer neuen Heimat machen - und sie werden sich verändern. Und alle Erfahrung zeigt: Dort, wo Angebote vorhanden sind – z. B. einen Integrationskurs zu besuchen – werden diese im Regelfall auch intensiv genutzt. Spracherwerb steht hier für uns an erster Stelle.

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland sind historische Verantwortung und Aufarbeitung unserer Geschichte wichtige Fundamente unseres Landes. Die Idee der Menschenwürde, Gewaltenteilung, Demokratie und Herrschaft des Rechtes sind seitdem die Grundlage unserer demokratischen und republikanischen Werte. Wer nach Deutschland kommt, sucht nicht nur Sicherheit und relativen Wohlstand, sondern auch ein friedliches Zusammenleben, den Schutz von Bürgerrechten und die Möglichkeit zur freien Entfaltung. Im Grundgesetz sind diese Grundsätze festgeschrieben. Es lebt von Menschenwürde, Freiheit, Toleranz und dem Respekt vor den Grundrechten anderer. Es lebt von der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Gleichstellung von Menschen jeder sexuellen Identität und Antidiskriminierung – aber z.B. auch von der Freiheit, eine Religion auszuüben, sie individuell oder zeitgemäß auszulegen, zu wechseln oder eben auch keiner Religion anzugehören. Diese Grundsätze gelten für alle, die hier leben und leben möchten. Das Grundgesetz und das darin formulierte Grundrecht auf Asyl ist auch Grundlage für die Aufnahme der Schutzsuchenden Menschen. Angriffen auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung stellen wir uns klar entgegen, unabhängig von wem sie kommen.

DER GRÜNE PLAN

I. Flüchtlinge gut aufnehmen

Ein Willkommens-Pakt für Investitionen

Wir brauchen ein zwischen Bund, Ländern und Kommunen abgestimmtes Programm zum Aufbau einer Anerkennungskultur und Willkommens-Infrastruktur – einen bundesweiten Investitionspakt, damit die Integration hunderttausender künftiger deutscher Staatsbürgerinnen und Staatsbürger möglich schnell, möglichst gut und möglichst nachhaltig gelingt.

Die operativen Schwerpunkte wollen wir auf die Finanzierung von Bauinvestitionen sowie von Qualifizierung und Rekrutierung geeigneten Personals legen. Inhaltlich wollen wir die Bereiche *Bildung/Spracherwerb, Arbeitswelt, Gesundheit und Wohnen* fokussieren.

a. Zehntausende neuer Flüchtlingskinder müssen in Schulen und im Bereich der beruflichen Bildung möglichst schnell, möglichst gut unterrichtet und qualifiziert werden. Dafür benötigen wir zuallererst geeignete Schulräume und fachlich qualifiziertes Personal. Aber auch der Zugang zu Bildungsangeboten für Erwachsene, vor allem auch für Frauen, die in größerem Maße ohne Berufs- und/oder Schulbildung sind, muss ausgebaut und verbessert werden.

- b. Wir werden deutlich mehr Lehrkräfte im Bereich der Sprachförderung benötigen.
- c. Gleiches gilt für interkulturell kompetente Berater*innen und Vermittler*innen in den Arbeitsagenturen und Jobcentern.
- d. Ebenso benötigen wir deutlich mehr Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen, die im Umgang mit Traumatisierten oder anderweitig besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen qualifiziert sind. Denn eine gute medizinische und psychotherapeutische Versorgung erhöht letztlich auch die Möglichkeiten zur Integration. Hier wollen wir uns für deutliche Verbesserungen einsetzen.
- e. Und schließlich benötigen wir deutlich mehr preiswerten Wohnraum für alle Menschen mit kleinem Einkommen – unabhängig ihrer Herkunft, das heißt auch, aber eben nicht nur, für Flüchtlinge.

Alle diese Maßnahmen – sowohl die Planung und Ausführung von Bauinvestitionen als auch die Qualifizierung von derart vielen neuen Angestellten – brauchen Monate, wenn nicht gar Jahre. Deswegen gilt es, keine Zeit mehr zu verlieren.

Zur Finanzierung dieser Aufgaben schlagen wir einen Deutschlandfonds für Integration vor, in den Staat und auf freiwilliger Basis auch Unternehmen einzahlen und der Kommunen und Initiativen offensteht. Damit wollen wir auch das Angebot von Wirtschaftsverbänden und Unternehmen annehmen, mit anzupacken.

Asylverfahren beschleunigen

Wir wollen die Asylverfahren beschleunigen, ohne die Rechte von Schutzsuchenden auszuhöhlen. Dazu muss endlich der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin vom Juni 2015 umgesetzt werden, 2.000 Mitarbeiter*innen beim BAMF einzustellen. Davon ist in den Bundesländern bisher noch nicht viel angekommen. Weitere 4.000 Mitarbeiter*innen beim Bundesamt für Migration, abgeordnet aus anderen Bundesbehörden, sollten für diese wichtige Aufgabe abgestellt werden. Außerdem wollen wir den riesigen Berg von unbearbeiteten Asylanträgen durch unbürokratische Lösungen zugunsten der Flüchtlinge reduzieren. Die von den Ministerpräsident*innen mit der Bundeskanzlerin vereinbarte Aussetzung der Widerrufsverfahren ist ein erster Schritt. Wir halten die ersatzlose Streichung für richtig und notwendig. Außerdem wollen wir eine wirksame Altfallregelung für Bestandsfälle. Flüchtlinge aus Regionen mit hoher Anerkennungsquote, etwa aus Syrien, dem Irak und Eritrea sollen nach Registrierung, ohne eine aufwendige Einzelfallprüfung, automatisch anerkannt werden und ihre Familien nachholen dürfen. Eine Prüfung der Herkunft und eine Sicherheitsüberprüfung bei Hinweisen der Sicherheitsbehörden müssen möglich sein. Für eine Beschleunigung der Verfahren ist es gut, dass die grünen Länder eine dauerhafte, strukturelle und dynamische Kostenbeteiligung des Bundes erreicht haben, die erstmals einen starken Anreiz für die zügige Bearbeitung der Asylanträge für den Bund bedeutet. Diese muss nun aber auch kommen. Schnellere Verfahren sind der Dreh- und Angelpunkt bei der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation: sie sind die Voraussetzung für eine schnelle Integration der anerkannten Asylsuchenden, sie schaffen Klarheit und sie entlasten die Aufnahmekapazitäten der Länder und Kommunen.

Eine bessere Gesundheitsversorgung

Endlich wird auf grüne Initiative hin die bundesgesetzliche Grundlage geschaffen, um Ländern, die Einführung der Gesundheitskarte für Flüchtlinge zu erleichtern. Wo Land und Kommunen diese Möglichkeit wahrnehmen, müssen Flüchtlinge künftig nicht mehr zuerst zum Amt gehen, bevor sie einen Arzt aufsuchen können. Zudem wird der Impfschutz für Flüchtlinge verbessert

und Asylsuchende, die schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, erhalten einen besseren Zugang zu psychotherapeutischer Betreuung. Auch Menschen, deren Asylanerkennungsverfahren läuft, müssen leichter Zugang zu psychotherapeutischer Behandlung bekommen, wenn sie diese benötigen. Gerade Frauen, Mädchen und LGBTTIQs sind oft monatelang besonders schweren Bedingungen auf der Flucht ausgesetzt.

Das sind Schritte in die richtige Richtung, die nur aufgrund des grünen Drucks in den Verhandlungen zum Asylgesetzespaket erreicht wurden. Die Maßnahmen gehen aber nicht weit genug. Problematisch ist, dass keine bundeseinheitliche Regelung getroffen und die Minimalversorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nicht aufgehoben wurde. Wir fordern weiter die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, das vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuft wurde, da es ein gesondertes Existenzminimum für Flüchtlinge definiert. Stattdessen wollen wir Flüchtlinge perspektivisch in die sozialen Sicherungssysteme aufnehmen. Bis dahin ist die Gesundheitskarte ein zentraler Schlüssel für die medizinische Versorgung der Flüchtlinge. Jetzt sind die Länder und auch die Kommunen gefordert, eine angemessene und unbürokratische Gesundheitsversorgung auf den Weg zu bringen. Ziel sollte es dabei sein, die Anspruchsberechtigten den gesetzlich Krankenversicherten leistungsrechtlich so weit wie möglich gleich zu stellen. Die Regelungen, die die grün-mitregierten Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Hamburg und Bremen zur Gesundheitskarte beschlossen und eingeführt haben, hatten für uns bundesweit Vorbildcharakter. Deshalb kritisieren wir den Vermerk der Bundesregierung zur Beschränkung der Leistungen auf das Asylbewerberleistungsgesetz.

Wohnraum schaffen

Neben der vordringlichen kurzfristigen Unterbringung von Flüchtlingen in winterfesten Unterkünften muss umgehend damit begonnen werden, denn notwendigen dauerhaften Wohnraum zu schaffen. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund geht von einem Bedarf von 400.000 Wohnungen aus – nicht zuletzt auch, weil der soziale Wohnungsbau in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurde. Zu diesem Zweck fordern wir die Bundesregierung auf, die Mittel für bezahlbaren Mietwohnraum in den Städten und Gemeinden auf mindestens zwei Milliarden Euro zu erhöhen. Außerdem befürworten wir ein Moratorium für geplante Abrisse von Wohnungen. Wie befürworten auch die Umwidmung von Geldern aus dem Programm „Stadtumbau Ost“ zur Instandsetzung statt Abriss. Wir wollen prüfen, wie neben einer auf 2 Mrd. Euro im Jahr erhöhten sozialen Wohnraumförderung des Bundes etwa durch steuerliche Förderung privates Kapital zur Gewinnung von günstigem Wohnraum mobilisiert werden kann.

Um jetzt schnell winterfeste Kapazitäten zu schaffen, sind bei Bestandsgebäuden, die als Gemeinschafts- und Sammelunterkünfte genutzt werden, erleichterte Standards im Baurecht oder bei der Energieeinsparung gerechtfertigt. Eine Absenkung von energetischen Standards bei Neubauten lehnen wir hingegen ab.

Je länger Flüchtlinge in der Erstunterkunft bleiben, desto später startet ihre Integration. Daher muss es Ziel bleiben, die Verfahren zu beschleunigen, sie möglichst innerhalb von 3 Monaten abzuschließen und die Verteilung in dezentrale Unterbringung innerhalb von drei Monaten zu organisieren. Asylsuchende sollen so schnell wie möglich in Wohnungen untergebracht werden. Eine private Wohnsitznahme muss erleichtert und gefördert werden, ohne anderen Gruppen dadurch den Zugang zu Wohnraum zu erschweren.

Wir wollen keine Ghettos, denn wir wissen: Sozial gemischte Quartiere sind die Voraussetzung dafür, dass Integration von allen gemeinsam er- und gelebt werden kann, für Flüchtlinge und für diejenigen Menschen, die schon länger oder auch schon immer hier leben. Ein gutes und sinnvolles Beispiel wurde in Hessen eingeführt: Die Nassauischen Heimstätten haben eine Koordi-

nierungsstelle „Integrierte Flüchtlingsansiedlung“ geschaffen. Diese hat, zusammen mit der Architekten- und Stadtplanerkammer, ein Konzept für neue Wege für einen kostengünstigen und ökologischen Bau und für eine integrierte Ansiedlung von Flüchtlingsunterkünften vorgelegt.

Fertighäuser aus leichten und hochwertigen Materialien wie Holz lassen sich schnell und preiswert bauen. Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg haben das Bauen mit Holz in der Bauordnung erleichtert und den Kommunen eine Planungshilfe ausgegeben. Auch der Verzicht auf private Parkplätze spart Platz, Geld und Lärm. Einige Länder und Kommunen haben dazu schon ihre Stellplatzordnungen geändert.

Besonderer Schutz für Frauen, LGBTTI-Geflüchtete und Kinder

Rund ein Drittel der Flüchtlinge, denen die Flucht nach Europa gelingt, sind Frauen und Kinder. Viele haben sexualisierte Gewalt erlebt und tragen schwere Traumata mit sich. Auch in den völlig überfüllten Erstaufnahmestellen laufen sie Gefahr, Opfer von Missbrauch und Gewalt zu werden. Frauen und Kinder brauchen eigene geschützte Räume mit qualifizierter Betreuung – zumindest aber Standards wie abschließbare sanitäre Einrichtungen und ausreichende Ausleuchtung - und Zugang zu qualifizierter Beratung und Schutz vor Gewalt. Das baden-württembergische Sonderkontingent zur Aufnahme und therapeutischen Betreuung von Frauen und Kinder aus dem Nordirak, die Opfer sexualisierter Gewalt geworden sind, dem sich inzwischen auch Niedersachsen und Hessen angeschlossen haben, verdient besondere Anerkennung. Um zu vermeiden, das auch lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender und intersexuelle (LSBTI) Menschen in Erstaufnahmestellen und Asylunterkünften Diskriminierung und Gewalt fürchten müssen, fordern wir auch für sie adäquate Schutzräume bzw., dass das eingesetzte Personal für die besondere Situation von LSBTTI sensibilisiert wird. Im Asylverfahren müssen LGBTTI-Geflüchtete ihre sexuelle Identität nicht nur zu Beginn als Fluchtgrund geltend machen können. Zusätzlich müssen flächendeckend niedrigschwellige Beratungsangebote und Informationsmaterialien noch vor Stellung des Asylantrags zur Verfügung gestellt werden.

Eine Trennung der Flüchtlinge nach religiöser Zugehörigkeit lehnen wir ab und treten jeglichen religiösen Anfeindungen vehement entgegen. Auf dem Weg zu einem eigenständigen Leben in ihrer neuen Heimat müssen Frauen besonders unterstützt werden - vor allem durch Beratungsangebote für ihre Kinder sowie durch Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, Sprachförderung und Alphabetisierungskurse, die sich gezielt an Frauen richten. Die Ausbildung von Fachkräften der Sozialen Arbeit, Erzieher*innen und Beamt*innen muss verstärkt gender- und kultursensible Schwerpunkte beinhalten.

Helfer*innen unterstützen, Flüchtlinge beteiligen

So wie wir ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement seit vielen Jahren besser und nachhaltiger fördern wollen, so wollen wir zivilgesellschaftliche Organisationen (Vereine und Verbände aller Art, politische Stiftungen, politische Bildung) aber auch die Neuankommenden ermutigen und dabei unterstützen aufeinander zuzugehen. Auch in den Flüchtlingseinrichtungen wollen wir Flüchtlingen mehr Möglichkeiten geben, sich zu beteiligen, einzubringen und Einfluss zu nehmen. Helfer*innen benötigen bei ihrem Engagement professionelle Unterstützung und verlässliche zuständige Ansprechpartner*innen für verschiedene Fragestellungen. Wir erwarten, dass dies vor Ort in den Kommunen gewährleistet wird. Auch bei aller bestehender Personalknappheit: Verlässlichkeit und Zugang zu Informationen sind wesentlich, um ehrenamtliches Engagement sinnvoll zu koordinieren und langfristig zu erhalten. Wir möchten Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe ermutigen, den Geflüchteten selbst mehr Raum zu geben, und

dadurch Einfluss auf Angebote und die Gestaltung des Alltags zu nehmen. Sollten Fragen des Versicherungsschutzes verhindern, dass Geflüchtete selbst in den Unterkünften mit ihren Fähigkeiten aktiv werden, sind diese auszuräumen. Es kann z.B. nicht sein, dass gespendete Fahrräder nicht in Stand gesetzt werden, weil einheimische Ehrenamtliche fehlen, in Unterkünften lebende Mechaniker aber nicht selbst Hand anlegen dürfen.

Asylrecht verteidigen

Für uns gilt: Flucht ist kein Verbrechen, Asyl ist ein Menschenrecht. Wir GRÜNE akzeptieren die Beweggründe aller Geflüchteten – ob Krieg, Terror, politische Verfolgung durch den Staat, Unterdrückung durch die Mehrheit, Armut. Deshalb machen wir niemandem Vorwürfe, der/die flieht.- Forderungen aus der Union und der SPD, das Asylrecht durch Obergrenzen auf nationaler oder europäischer Ebene auszuhebeln, lehnen wir ab. Asylsuchende haben Anspruch auf eine gewissenhafte Prüfung ihrer Asylgründe. Erst in der Einzelfallprüfung bewährt sich das Asylrecht als individuelles Grundrecht.

Es ist dem Starrsinn der Großen Koalition geschuldet, dass die vor Ort dringend benötigten finanziellen Entlastungen und andere strukturelle Erleichterungen im Asylgesetzpaket nur im Gegenzug zu Verschärfungen im Asylrecht erreicht werden konnten, die weder das Ziel der notwendigen Verfahrensbeschleunigung noch eine bessere Integration der Flüchtlinge zur Folge haben werden. Das Ergebnis war ein schwieriger Kompromiss.

Zu den Verbesserungen, die wir begrüßen, zählen die notwendigen finanziellen Zusagen des Bundes, der sich künftig dauerhaft, strukturell und dynamisch an den Kosten der Flüchtlingsaufnahme beteiligt und darüber hinaus weitere Mittel zur Verfügung stellt. Vernünftig ist auch, dass der Bau von Unterkünften für Flüchtlinge durch Änderung der baurechtlichen Standards flexibilisiert wird. Wir begrüßen auch, dass Staatsangehörige der Westbalkanstaaten einen legalen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erhalten können. Zu den Verschärfungen, die wir weiter kritisieren, gehören die verfassungsrechtlich fragwürdigen Leistungskürzungen für ausreisepflichtige Asylbewerber oder die unbegrenzte Aufenthaltspflicht für Asylbewerber aus sichereren Herkunftsstaaten in Aufnahmeeinrichtungen.

Wir halten die von der Bundesregierung mit Nachdruck betriebene Ausweitung der „sicheren Herkunftsstaaten“ für falsch. Staaten lassen sich nicht per Gesetz für „sicher“ erklären. Stattdessen erschwert die Einstufung als sicherer Herkunftsstaat den Zugang zu Schutz. Gerade für Minderheiten wie Roma, LGBTTI, aber auch Oppositionelle und Journalist*innen sind diese Länder oft nicht sicher. Die zweijährliche Überprüfung der Liste werden wir nutzen, weiter auf die strafrechtliche Verfolgung von Homosexuellen etwa im Senegal und in Ghana, die angespannte Sicherheitslage im Kosovo oder die kumulativen Menschenrechtsverletzungen und die nichtstaatliche Verfolgung von Roma in den Westbalkanstaaten hinzuweisen und solche Staaten von der Liste zu streichen. Unser Ziel bleibt, das Konstrukt der vermeintlich „sicheren Herkunftsstaaten“ abzuschaffen.

Wir Grüne stehen weiter für eine menschenrechtsorientierte und humane Flüchtlingspolitik und setzen uns dafür ein, bei veränderten politischen Mehrheitsverhältnissen die von der Großen Koalition erzwungenen Verschärfungen zurückzunehmen. Soweit die im Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz festgeschriebenen Soll- und Kann-Bestimmungen im Bereich Sachleistungen, Verweildauer in Erstaufnahmeeinrichtungen oder bei Abschiebungen Spielräume bieten, Härten für die Geflüchteten bei der Unterbringung zu vermeiden, werden die grünen Vertreter*innen in den Landesregierungen sich für eine flüchtlingsfreundliche, humane und respektvolle Handhabung die-

ser Bestimmungen einsetzen und diese in der Praxis nutzen.

Die Widerstände aus der CSU und Teilen der CDU gegen das „Wir schaffen das!“ der Bundeskanzlerin haben die große Koalition ins Chaos gestürzt. Statt die gefundenen Kompromisse und Beschlüsse umzusetzen und für das notwendige Personal zu sorgen, werden nahezu täglich neue Vorschläge gemacht und Innenminister de Maizière führt Alleingänge durch, die allesamt auf Abschreckung und Abschottung setzen statt die bestehenden Herausforderungen zu lösen. Die Bewältigung von Flucht, Einwanderung und Integration braucht pragmatische Lösungen, aber keine falsche und wirkungslose Symbolpolitik.

Wir sind der Auffassung, dass das Recht, mit seiner Familie zusammenzuleben, für alle Menschen gelten muss – auch für Flüchtlinge. Die geplante Aussetzung des Familiennachzugs von subsidiär Schutzberechtigten für zwei Jahre lehnen wir ab. Flüchtlinge von ihren Familien zu trennen erschwert die Integration und zwingt noch mehr Frauen und Kinder auf lebensgefährliche Wege nach Europa. Allen Plänen, den Schutzstatus von Menschen zu verschlechtern, die dem syrischen Bürgerkrieg entfliehen, und den Nachzug ihrer Familien zu erschweren, erteilen wir eine eindeutige Absage. Bund und Länder sind gefordert, sich Einschränkungen beim Familiennachzug entschieden entgegenzustellen. Wir treten weiterhin für eine höhere personelle Ausstattung in den Visastellen der Botschaften in den Anrainerstaaten Syriens ein. Wir setzen uns für die Förderung des Familiennachzugs und somit der legalen Ausreise durch den Ausbau von Bundes- und Landesaufnahmeprogrammen, sowie die zeitliche Befristung von Verpflichtungserklärungen ein.

Transitzonen an den Binnengrenzen lehnen wir ab, weil dadurch Flüchtlingslager im Niemandsland entstehen. Die Diskussion darum hat Politik und Behörden wochenlang gelähmt. Mit nur sehr eingeschränktem Rechtsschutz wird, ähnlich wie bei Flughafenverfahren, in wenigen Tagen über das Schicksal von Menschen gerichtet, die auf der Flucht ihren Pass verloren haben oder traumatisiert sind und unter dem Druck der Beamt*innen nicht sprechen können. Die von der EU als rechtswidrig eingestuftes Schnellverfahren bieten daher keinen ausreichenden Rechtsschutz. Die Wiederaufnahme der gescheiterten Dublin-Regelungen ist nicht nur für die Flüchtlinge nicht tragbar, sondern verlangsamt die Asylverfahren weiter, statt die notwendige Beschleunigung zu fördern. Auch die Pläne, nach denen Flüchtlinge aus Afghanistan schneller abgeschoben werden sollen, sind absurd. Zu einer Zeit, in der sich die Sicherheitslage im Land dramatisch verschärft, und die Bundesregierung nicht nur über eine Verlängerung, sondern auch die Aufstockung des Afghanistan-Mandats debattiert, sind solche Maßnahmen widersinnig.

Dieses andauernde Regierungschaos schadet den Flüchtlingen, verwirrt die Behörden und die haupt- und ehrenamtlichen Helfer*innen, verunsichert die gesamte Gesellschaft und stärkt letztlich nur den Rechtspopulismus und gewaltbereite Nazis.

II. Integration und Einwanderung gestalten

Kompetenzen bündeln in einem Ministerium für Integration

Für die Bewältigung dieser Aufgaben reicht es nicht mehr, nur eine Beauftragte der Bundesregierung zu benennen. Wir brauchen ein **Integrationsministerium** als Querschnittsressort auf Bundesebene, das insbesondere die Bereiche Einwanderung, Flüchtlingspolitik, Integration und Staatsangehörigkeitsrecht übernimmt. Es wird in Zukunft ein zentrales Ressort im Kabinett jeder Bundesregierung sein. Es muss in diesen Bereichen federführend sein, alle Aufgaben koordinieren und die notwendige Entwicklung eines „neuen Wir“ befördern. Zudem wollen wir im Sinne der bereits möglichen bilateralen Möglichkeiten die Verteilung von Flüchtlingen im Rahmen des Königsteiner-Schlüssels weniger starr gestalten. So sollten Kommunen, die mehr leisten wollen

oder in denen es noch Kapazitäten gibt, auch einen Anreiz haben, voranzugehen, wobei die Belange der Flüchtlinge im Mittelpunkt stehen müssen.

Deutschland braucht ein Einwanderungsgesetz

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb braucht es ein modernes Einwanderungsrecht. Wir wollen Einwanderung fair, transparent und zugunsten aller regeln: der Menschen, die sich bei uns eine neue Zukunft aufbauen wollen, derjenigen, die schon hier leben, und auch zugunsten der Bedürfnisse des Arbeitsmarkts.

Ein Einwanderungsgesetz ist sinnvoll und nötig, weil wir die neben der Aufnahme Schutzbedürftiger erfolgende Einwanderung steuern wollen und müssen. Auf Druck der grün mitregierten Länder wurde der Westbalkan-Korridor vereinbart, der bis 2020 befristet in einem ersten Schritt den Arbeitsmarktzugang für Bürger*innen der Weltbalkanstaaten erleichtert:

Damit wird denjenigen eine Perspektive eröffnet, für die das Asylrecht nicht der richtige Weg ist. Wir benötigen zudem ein Einwanderungsgesetz mit legalen, unkomplizierten und transparenten Wegen für Arbeitsmigrantinnen und -migranten nach Deutschland. In Zeiten der Globalisierung kommt unser Land gar nicht umhin, die rechtlichen Vorschriften zur Arbeitsmigration endlich den Bedürfnissen internationaler Mobilität anzupassen. Migrant*innen soll auch nach längeren Aufenthalten im Ausland eine Wiederkehr nach Deutschland ohne Verlust erworbener Rechtspositionen ermöglicht werden. Das Visumsverfahren wollen wir spürbar vereinfachen.

Zweitens sollen mit einem Einwanderungsgesetz auch neue rechtliche Instrumente implementiert werden, die notwendig sind, damit eine gesteuerte Arbeitsmigration ihren Beitrag leisten kann, den Alterungsprozess in unserer Gesellschaft zumindest abzumildern und damit die sozialen Sicherungssysteme auch langfristig abzusichern. Unerlässlich ist darüber hinaus, dass mithilfe eines neuen Einwanderungsrechts grund- und menschenrechtliche Schutzpositionen von Einwanderer*innen – insbesondere der Schutz von Privat- und Familienleben – besser zur Geltung gebracht werden als bisher.

Und schließlich macht die gegenwärtige Situation mehr als deutlich, dass die Integrationspolitik in Deutschland endlich einen kohärenten legislativen Rahmen braucht. Wer die Teilhabe von Einwanderer*innen umfassend fördern will, sollte die entsprechenden Vorschriften so zusammenfassen, damit diese sinnvoll und übersichtlich ineinandergreifen können – vom Integrationskurs, über die Zugänge zu Arbeit und Bildung bis hin zu den politischen Teilhaberechten und dem Staatsangehörigkeitsrecht.

Ein Starter-Kit für Migrant*innen

Wir wollen Flüchtlinge schnellstmöglich dabei unterstützen, sich in Deutschland zurechtzufinden. Hilfreich sind hier etwa Ratgeber, wie sie z.B. von der Bundesregierung oder einigen Bundesländern herausgegeben werden. Besondere Würdigung verdienen aber auch hier zivilgesellschaftliche Ansätze für Willkommensplattformen im Internet. Diese wollen wir flächendeckend verfügbar machen. Starter-Kits müssen einerseits vermitteln, wie unser Schulsystem oder unser Gesundheitssystem funktioniert oder worauf es bei der Altersvorsorge ankommt. Um Ausländerbehörden in Willkommenszentren umzustrukturieren, müssen Informationen z.B. zu Wohnungssuche, KiTa-Platzvergabe oder Mobilität gebündelt werden, in denen auch Koordinierungsaufgaben und Clearing-Verfahren im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Hilfe durchgeführt werden können - für Geflüchtete, Binnenmigrant*innen oder Hochqualifizierte. Zugleich muss es aber auch gesellschaftliche Grundlagen, angefangen vom Grundgesetz bis hin zum Umgang mit unserer Geschichte beinhalten. Dazu gehört auch der Umgang mit dem Holocaust. Auch darüber müssen wir, wie mit der Gesamtgesellschaft, mit Neuankommenden ins Gespräch kommen.

Gleichzeitig gilt es auch für die hiesige Gesellschaft, mehr über die Herkunftskulturen und die historischen Erfahrungen von Flüchtlingen zu erfahren. Integration ist immer eine Zweibahnstraße. Wir begrüßen daher insbesondere mediale Angebote und Dialogformate, wie sie derzeit sowohl für Flüchtlinge als auch für die aufnehmende Gesellschaft entstehen. In Bildungseinrichtungen, bei der Verwaltung und in allen gesellschaftlichen Bereichen wollen wir eine interkulturelle Öffnung befördern.

Sprache und Bildung fördern

Die Bundesländer stehen vor großen Herausforderungen im schulischen und beruflichen Bildungsbereich. Alle Flüchtlinge müssen unabhängig von ihrem Aufenthaltstitel so schnell wie möglich in Deutschland Zugang zu Sprachförderung erhalten. Sie muss so schnell wie möglich beginnen. Sinnvoll sind auch Eltern-Kind-Programme für Flüchtlingskinder und ihre Familien, wie sie einige grün mitregierte Bundesländer schon kennen.

Über die Hälfte derjenigen, die in Deutschland Schutz suchen ist unter 25 Jahre alt. Gerade für sie ist eine gute Bildung und Ausbildung Anker und Zukunftshoffnung zugleich: Kita, Schule, Betrieb oder Hochschule schaffen nicht nur einen neuen Alltag, sondern sichern berufliche Perspektiven und sind der erste Schritt in ein selbstbestimmtes Leben. Deswegen brauchen junge Flüchtlinge möglichst schnell uneingeschränkten Zugang zum deutschen Bildungssystem, so wie dies die UN-Kinderrechtskonvention vorsieht. Das ist in Deutschland bislang nicht der Fall: Nur in Berlin und im Saarland besteht nämlich die Schulpflicht für alle Flüchtlingskinder uneingeschränkt. Alle Schulformen müssen hier dazu lernen – und bereit sein, dazu zu lernen: sei es im Umgang mit Willkommensklassen, in der Sprachbildung und Alphabetisierung junger Flüchtlinge und in der Kooperation zwischen Lehrkräften, Sprachförderlehrer*innen, Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und Integrationshelfer*innen. Wir wollen die Schulen darin aktiv unterstützen, wenn sie hier Neuland betreten. Das Kooperationsverbot muss endlich abgeschafft werden. Bis diese Verfassungsänderung in Kraft getreten ist, fordern wir die Bundesregierung auf, 10.000 Schulen fit für die Zukunft zu machen. Ganztagschulen haben viel eher die "Substanz", der Heterogenität aller Schülerinnen und Schüler gerecht zu werden. Zu einer gelingenden Integration braucht es in Behörden, Schulen, bei Gesundheit und im öffentlichen Dienst mehr interkulturelle, sprachliche und gendersensible Kompetenzen, die durch entsprechende Lehr- und Weiterbildungsangebote vermittelt werden müssen. Wir wollen hierzu konkrete Maßnahmen im Bildungsbereich voranbringen. Dazu gehört zum Beispiel, dass sich der Bund an der Finanzierung von Deutsch-als-Zweitsprache-Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer beteiligt und sich für den Ausbau des Deutschen Sprachdiploms auch hierzulande einsetzt.

Aber auch die Hochschulen wollen und müssen sich stärker öffnen: Zehntausende der jungen Geflüchteten sind für die Aufnahme eines Studiums qualifiziert oder haben bereits erste Studienerfahrungen oder -abschlüsse. Wir wollen deutsche Hochschulen zu Orten der Integration machen. So sollen etwa Abschlusszeugnisse aus den Herkunftsländern nicht nur unbürokratischer anerkannt werden. Für eine erfolgreiche Integration in die deutsche Studienlandschaft müssen Studienplätze bedarfsgerecht aufgestockt, Wohnmöglichkeiten auch für internationale Studierende ausgeweitet und die sozialen Infrastrukturen auf dem Campus ausgebaut werden. Es sollen auch mehr Deutschkurse ebenso wie englischsprachige Seminare angeboten werden. Zudem erscheint es uns sinnvoll, Flüchtlinge unkomplizierter als Gasthörer zuzulassen, damit so jetzt schon Prüfungen ablegen können, die bei einem späteren Studium anerkannt werden. Wir wollen aber auch an Hochschulen das zivilgesellschaftliche Engagement fördern: Nicht nur dann, wenn Studierende Rechtsberatung oder Deutschkurse geben oder sich als Mentor*innen anbieten. Wir wollen auch zivilgesellschaftliche Projekte unterstützen, wie z. B. Online-Fernunis, die versuchen, Flüchtlinge an das deutsche Hochschulwesen heranzuführen. Dafür ist es zentral, dass die hiesige Bevölkerung mit oder ohne Migrationshintergrund genauso wie die neuen Mit-

glieder der Gesellschaft systematisch durch im Bildungsalltag integrierte Anti-Rassismus-Konzepte für das neue Zusammenleben vorbereitet werden.

Arbeitsmarkt öffnen, Flüchtlinge qualifizieren

Wir wollen aber auch die berufliche Ausbildung junger Flüchtlinge verbessern. Allzu oft versperren ihnen aufenthaltsrechtliche Hürden hier den Weg. Wir würdigen, dass viele Unternehmen und Handwerksbetriebe mit großem Engagement und vielen Ideen versuchen, jungen Geflüchteten eine berufliche Zukunft in Deutschland zu eröffnen. Klar ist, dass auch hier der Mindestlohn gilt, um Lohndumping zu verhindern. In den Agenturen für Arbeit und Jobcentern brauchen wir Personal, um Neuankommende bei ihrem Bildungsweg beratend zu begleiten. So kann die Integration in den Arbeitsmarkt von Flüchtlingen für alle Seiten verbessert werden. Vor allem für Frauen und junge Menschen müssen Perspektiven aufgezeigt werden und ihre besonderen Potentiale und Bedarfe in Betracht gezogen werden. Wir halten es für sinnvoll, bereits an deutschen Schulen und Berufsschulen flächendeckend Berufsvorbereitungsangebote speziell für junge Flüchtlinge zu etablieren. Auch wollen wir jungen Flüchtlingen während und nach einer Berufsausbildung oder eines Studiums eine sichere Bleibeperspektive ermöglichen. Zudem halten wir es für sinnvoll, berufsbezogene Deutschkurse vermehrt anzubieten – auch an Berufsschulen.

Wir werden uns dafür einsetzen, wie auch aus der Wirtschaft gefordert, rechtliche Vorschriften zu beseitigen, die die Integration von Flüchtlingen, z. B. in den Arbeitsmarkt behindern. Dazu zählt insbesondere die Vorrangprüfung beim Arbeitsmarktzugang. Jungen Flüchtlingen, die eine Ausbildung machen können, muss ein rechtmäßiger Aufenthalt gewährt werden, eine Duldung reicht hier nicht aus, wie es auch die Kammern zu recht betonen. Zudem wollen wir einen aufenthaltsrechtlichen Statuswechsel ermöglichen: Flüchtlinge, die etwa als Fachkraft in einem Mangelberuf tätig werden oder ein Studium aufnehmen wollen und die Voraussetzungen erfüllen, sollten ihren unsicheren Status als Asylbewerber gegen eine dauerhafte Bleibeperspektive eintauschen können ohne vorher ausreisen zu müssen, um aus dem Ausland ein bürokratisches Visumsverfahren zu betreiben. Gleichzeitig wollen wir Integrationsmöglichkeiten fördern, indem wir die Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse erleichtern und beschleunigen. Den Zugang von Flüchtlingen zur Ausbildungsförderung (Bafög, Berufsausbildungsbeihilfe etc.) wollen wir erleichtern. Solidarität mit Flüchtlingen muss politisch werden, auch in der Arbeitswelt. Dabei kommt Gewerkschaften eine wichtige Rolle zu.

Soziale Integration stärken

Zu einer wirklichen Willkommenskultur gehört zwingend die Schaffung niedrigschwelliger Angebote zur Teilhabe am öffentlichen und politischen Leben. Vor allem das gemeinsame sportliche Erleben verbindet Menschen unterschiedlicher sozialer und kultureller Herkunft. Gerade zur Aufarbeitung und Bewältigung der psychischen Belastungen, die durch Flucht und Vertreibung entstehen, kann Sport gezielt eingesetzt werden. Die Angebote von Sportvereinen und Initiativen von Migrantenselbstorganisationen in diesem Bereich begrüßen wir deshalb als einen Eckpfeiler für soziale Integration und Empowerment von Flüchtlingen.

Eine Offensive für Einbürgerung

Wir wollen, dass Kinder ausländischer Eltern ohne weiteres die deutsche Staatsangehörigkeit mit Geburt erwerben, wenn sich mindestens ein Elternteil rechtmäßig in Deutschland aufhält. Darüber hinaus sollen Einbürgerungen erleichtert und Mehrstaatigkeit generell zugelassen werden. So werden aus den Flüchtlingen von heute Bürger*innen von morgen. Das kommunale Wahlrecht wollen wir auch Angehörigen von Staaten einräumen, die nicht der EU angehören, damit sie über die Angelegenheiten vor Ort mitentscheiden können.

Migrant*innen in in die Chefetagen!

Die deutsche Bevölkerung ist von Einwanderung geprägt. Das muss auch im öffentlichen Leben erkennbar werden. Wir wollen, dass Migrant*innen im gesellschaftlichen Leben präsenter werden. Mehr Migrant*innen in Lehrerkollegien, in der Polizei, oder auf Ämtern können mit interkultureller Kompetenz als Integrationshelfer dienen – und als sichtbare Signale für das Versprechen von Integration und sozialen Aufstiegschancen. Unternehmen, Rundfunkräte oder Parlamente, in denen fast nur Herkunftsdeutsche sichtbar sind, passen nicht zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft. Geschichte und Alltag Deutschlands als Einwanderungsland sollten eine größere Rolle an den Schulen spielen.

Flüchtlinge integrieren - Religion mitdenken

Deutschland hat eine lebendige Demokratie und eine starke Zivilgesellschaft. Neben weltlichen Verbänden, Vereinen, Parteien und Gewerkschaften tragen auch Religionsgemeinschaften dazu vieles bei. Gerade die muslimischen und andere religiöse Gemeinschaften können in den nächsten Jahren einen wichtigen Beitrag dazu leisten, um aus Flüchtlingen Bürger*innen zu machen. Denn für uns ist klar: Der Islam gehört zu Deutschland.

Dafür müssen sich die muslimischen Religionsgemeinschaften allerdings zunehmend als Gemeinschaften von Muslim*innen in Deutschland und nicht als Vertreter*innen anderer Länder oder Regierungen sehen. Wir würden es daher begrüßen, wenn sich eine oder auch mehrere muslimische Religionsgemeinschaften auf theologisch und organisatorisch breiter Basis bilden würden, um die Vielfalt muslimischen Denkens und Lebens in Deutschland möglichst umfassend abzubilden. Religiös bekenntnisförmig und nicht politisch oder sprachlich begründete islamische Gemeinschaften könnten auch als Religionsgemeinschaften anerkannt und gegenüber den Kirchen gleichberechtigt werden. Imame müssen künftig genauso an deutschen Hochschulen ausgebildet werden wie muslimische Religionslehrer*innen, um die Herausbildung eines europäischen Islams herauszuarbeiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen ein für Religionsfreiheit, Säkularität, Menschenrechte, Pluralität und Gleichbehandlung. Dazu soll sowohl muslimischer Religionsunterricht als auch Demokratie- und Ethikunterricht mit humanistisch fundierter Pädagogik an Schulen gestärkt werden. Zudem wollen wir anti-rassistische Erziehungskonzepte in unsere Lehrpläne aufnehmen.

Gegen Islamismus und politischen oder dschihadistischen Salafismus muss der Staat mit allen zusammenarbeiten, die für eine offene Gesellschaft eintreten. Religionsgemeinschaften können dabei eine zentrale Rolle spielen. Auch im Bereich der Flüchtlinglingshilfe müssen haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter*innen stärker interkulturell sensibilisiert werden. Viele der geflüchteten Menschen suchen gerade auch Schutz, weil ihre Religionsfreiheit in ihrem Heimatland nicht gewährleistet ist. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Menschen auch in Deutschland nicht sicher sind.

Gegen Rechtspopulismus und Rassismus

Es ist auch ein grüner Erfolg, dass heute als breiter Konsens gilt: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Aus dieser Einsicht muss jetzt kohärente Politik werden. Die Union darf sich dieser Erkenntnis nicht länger verweigern. Teile der CDU und der CSU stärken mit ihrem Populismus lediglich andere Parteien am rechten Rand, wie AfD und NPD.

Nach wie vor ist gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland bis in die Mitte der Gesellschaft verbreitet. In der letzten Zeit haben vor allem Angriffe auf Asylunterkünfte, Übergriffe auf geflüchtete Menschen und Drohungen und Attentate auf ihre Unterstützer*innen zugenommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilen jede Form von Rassismus und gruppenbezoge-

ner Menschenfeindlichkeit und menschenverachtende Anschläge auf Flüchtlinge und Unterkünfte. Zusammen mit vielen Menschen stellen wir uns den Nazis in den Weg. Der Staat muss konsequent seiner Aufgabe nachkommen, Asylunterkünfte zu schützen. Er muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus und besonders rechten Terrorismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen gerade nach ihrem unfassbaren Versagen bei der Aufdeckung der NSU-Morde den Blick nach rechts schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser würdigen und in ihre Analysen einbeziehen. Das Engagement von Menschen, die sich gegen Nazis wehren, ist Engagement für die Demokratie und verdient staatliche Unterstützung und Anerkennung statt Verdächtigung und Repression.

III. Für ein Europa der Menschlichkeit und Verantwortung

Mehr Europäische Solidarität

Europa kann nur gemeinsam sinnvoll handeln in der Flüchtlingskrise. Wir brauchen mehr Europa in der Flüchtlingspolitik. Vorschläge für einen Verteilungsschlüssel für Notfallsituationen, mehr finanzielle Unterstützung für Flüchtlinge in den Ländern rund um Syrien oder die Einrichtung von Notunterkünften auf der Balkanroute sind erste Schritte in die richtige Richtung.

Allerdings ist die derzeitige Situation nach wie vor auch ein Ergebnis einer Verweigerung der nationalen Regierungen, ihre Asyl- und Einwanderungspolitik, aber auch ihre Außenpolitik gemeinsam zu gestalten. Leider hat die Bundesregierung in der Vergangenheit Reformbemühungen zur Verbesserung der Flüchtlingspolitik stets blockiert. Erst seit Deutschland, Österreich und Schweden im September über die Regelungen der Dublin-Verordnung hinausgegangen sind und damit das Scheitern des Dublin-Systems eingestanden haben, werden in Brüssel neue Grundlagen einer gemeinsamen Politik verhandelt.

Mehr Europa heißt für uns an dieser Stelle: Gemeinsame europäische Standards an den Grenzübergängen, europäische Aufnahmeeinrichtungen an den betroffenen Außengrenzen, um Obdachlosigkeit zu verhindern und die gegenwärtigen katastrophalen Unterbringungen zu verbessern, sowie ein Verfahren nach dem in Notsituationen - und schnellstmöglich auch dauerhaft Flüchtlinge auf die Mitgliedsstaaten aufgeteilt werden. Die Einrichtung von solchen Aufnahmeeinrichtungen an den Außengrenzen ist nur dann legitim, wenn eine geregelte Weiterverteilung in die EU-Mitgliedsstaaten gewährleistet ist, die nach asyl- und menschenrechtlichen Standards entsprechend ausgestaltet ist.

Die Kontrolle der gemeinsamen Außengrenzen sollte nicht auf Abschreckung, sondern auf geltendem Recht und Menschenrechten beruhen. Grenzschutz an den europäischen Außengrenzen ist eine gemeinsame Aufgabe. Er darf nicht der Abschottung oder Abschreckung dienen, sondern muss auf geltendem Recht und Menschenrechten beruhen. Asylsuchende dürfen an den Grenzen nicht abgewiesen werden. Ohne ein gemeinsames, auf den Menschenrechten basierendes Agieren an den europäischen Außengrenzen, beerdigt Europa seine Werte auf Kosten Schutzsuchender sowie des Schengener Raums der Freizügigkeit, da nationale Regierungen die derzeitige Situation dafür nutzen, um bereits überwundene Binnengrenzen wieder hochzuziehen.

Für sichere Wege nach Europa

Wir wollen nicht, dass Flüchtlinge ihr Leben riskieren müssen, um bei uns Schutz zu finden. Deshalb fordern wir legale und sichere Zugangswege für Flüchtlinge, z.B. humanitäre Visa zum Zweck der Asylantragstellung, Visafreiheit für Syrer*innen und ein massiv ausgebautes Resettlement-Programm, also die Aufnahme von notleidenden Menschen aus überfüllten Flüchtlingslagern in den Krisenregionen. Das UN-Flüchtlingshilfswerk sucht für jede zehnte Syrer*in einen Resettlement-Platz, aktuell sind das circa 400.000 – die EU-Mitgliedstaaten dürfen sich hier nicht verweigern. Die Resettlement-Programme der UN müssen großzügig umgesetzt werden. Für die Familienzusammenführung, wie auch für die Vergabe humanitärer Visa braucht es in den Krisenregionen die Schaffung entsprechender Strukturen sowie den Ausbau der deutschen Auslandsvertretungen. Ein weiterer Weg um dem Geschäft von Schleppern die Grundlage zu entziehen und Schutzsuchenden die lebensbedrohliche Mittelmeerüberquerung zu ersparen, ist die Ermöglichung von sicheren Einreisen sowie die Abschaffung der EU-Richtlinie 2001/51/EG, die es Geflüchteten unmöglich macht, Fähr- und Flugverbindungen.

Dem tausendfachen Sterben von Flüchtlingen im Mittelmeer muss ein Ende gemacht werden. Deshalb fordern wir ein menschenrechtsorientiertes europäisches Seenotrettungsprogramm. Die Grenzschutzagentur Frontex ist dafür der falsche Akteur. Die EU-Mission EUNAVFOR, die mit militärischen Mitteln Jagd auf Schlepper macht, lehnen wir ab. Es bedarf einer europäischen Lösung, die der Rettung von Menschen und deren Verbringen in Sicherheit absoluten Vorrang vor der Grenzsicherung einräumt.

Verantwortung auf gemeinsam starken Schultern

Wir brauchen ein schnellstmöglich neues Verteilungssystem, das solidarischer ist, sich vorrangig an den Interessen und Integrationschancen der Flüchtlinge (soziale, familiäre, kulturelle Bindung, Sprachkenntnissen etc.) orientiert und zudem Kriterien wie Bevölkerungsgröße, wirtschaftliche Situation berücksichtigt. Ein gerechter und dauerhafter Verteilungsmechanismus setzt voraus, dass es faire Asylverfahren mit annähernd gleichen Anerkennungschancen und hohen Asylstandards gibt. Es braucht dafür einen solidarisch-europäischen Finanzierungsmechanismus für die Flüchtlingsaufnahme. Zuwendungen für Schutzsuchende werden je nach Land und Lebenshaltungskosten unterschiedlich ausfallen, sie müssen jedoch immer ein menschenwürdiges Leben mit verbrieften Rechten im Aufnahmeland ermöglichen, also einheitliche Mindeststandards. Grundlegende Rechte wie die Personenfreizügigkeit müssen auch für die Neuankommenden so schnell wie möglich wirken.

Ein solches Verteilungssystem muss das gescheiterte Dublin-System ersetzen, nach dem ein Asylantrag nur in dem Land gestellt werden kann, in dem ein Flüchtling zum ersten Mal EU-Gebiet betritt. Es führt zu enormem administrativen Aufwand und zu unglaublichen Tragödien für die Flüchtlinge selbst. Dass dieses System nicht mehr tragbar ist, hat die Bundesregierung durch die zeitweise Einstellung der Rückführungen nach Griechenland selbst gezeigt. Weder die Flüchtlinge noch die Staaten an den Außengrenzen dürfen alleine gelassen werden.

Gegen neue Mauern und Stacheldrahtzäune

Die Strategie der Abschreckung und die Aufrüstung hält angesichts von wachsender Not immer mehr Menschen in vielen Ländern rund um Syrien, südlich der Sahara oder auch aus Afghanistan nicht davon ab, Sicherheit und Schutz in der EU zu suchen. Unzählige Flüchtlinge sterben dabei an den EUAußengrenzen. Das ist das Ergebnis einer völlig falschen Politik. Die Aufrüstung der

Außengrenzen verstößt zutiefst gegen unser politisches Verständnis eines offenen Europas. Asylrecht und Menschenrechte müssen auch an den Außengrenzen gewährleistet werden. Ebenso falsch ist es, die Sicherung der Außengrenzen auszulagern und andere Regierungen zu beauftragen, Menschen gewaltsam vom Weg nach Europa abzuhalten. Eine Aufrüstung an den Grenzen mit Drohnen und Herzschlagdetektoren hilft niemandem. Forderungen nach einer Schließung der EU-Binnen- oder Außengrenzen lehnen wir ab. Zudem erteilen wir Plänen, Flüchtlinge in Krisenregionen zurückzuschicken, wie es Innenminister de Maizière vorgeschlagen hat, eine klare Absage.

Die Europäische Kommission muss darauf achten, dass Standards bei Unterbringung und Asylverfahren beachtet werden. Sie darf nicht zusehen, wenn einzelne Regierungen Menschenrechte missachten und Flüchtlinge an den Grenzen zurückdrängen, sie inhaftieren oder mit Tränengas angreifen. Jede Regierung, die gegen die EU-Grundrechtscharta verstößt, muss das klare Signal bekommen, dass dieses Verhalten nicht akzeptiert wird. Deshalb fordern wir ein Artikel-7-Verfahren gegen Ungarn, welches bei schwerwiegender Verletzung der europäischen Grundwerte zu einem Verlust des Stimmrechts eines Mitgliedsstaates führen kann.

Das Unvermögen der EU-Mitgliedstaaten darf nicht dazu führen, die Verantwortung nun an die Türkei abzuschieben. Die Türkei hat über 2 Millionen syrische Flüchtlinge aufgenommen. Sie verdient dafür Anerkennung und braucht Unterstützung bei der humanitären Versorgung. Die Türkei zu unterstützen heißt aber nicht, sie mit der hohen Zahl an Flüchtlingen alleine zu lassen. Eine notwendige Zusammenarbeit bei der Ordnung an den EU-Außengrenzen zur Verhinderung weiteren Leids durch lebensgefährliche Überfahrten bedeutet weder die Grenzen dicht zu machen, noch bei den innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei und bei ihrer Rolle im Syrien-Krieg wegzuschauen. Die ständige Verletzung von Menschenrechten, die massive Einschränkung der Pressefreiheit, die Verfolgung von Journalist*innen und Oppositionellen, wie der HDP, und die Eskalation im Konflikt mit den Kurd*innen müssen weiterhin verurteilt werden und auf die Tagesordnung. Die EU braucht eine demokratische Türkei als Partner, keine zunehmend autoritäre. Einen schmutzigen Deal darf es nicht geben.

Wir sollten nicht vergessen, dass viele Europäerinnen und Europäer einmal Flüchtlinge waren. Das Recht auf Asyl ist eine europäische Errungenschaft, auf die wir stolz sein können. Wir GRÜNE werden dieses Recht verteidigen.

Fluchtursachen bekämpfen

Das, was von den Bürgerinnen und Bürgern der EU-Staaten angesichts der Flucht nach Europa als chaotisch oder unberechenbar angesehen wird, ist in Teilen auch Ergebnis von politischem Versagen und der Abschottung, auf die die EU-Mitgliedstaaten gesetzt hatten. Die Länder der EU haben sich in den Jahren der Eurokrise zu sehr in ihre eigenen Probleme zurückgezogen. Die Staats- und Regierungschef*innen der EU haben sich zu sehr mit dem eskalierenden Krieg in Syrien abgefunden. Wir brauchen jetzt eine gemeinsame Politik, die Fluchtursachen in ihrer ganzen Komplexität angeht. Krieg und Gewalt, wie in Syrien, politische Verfolgung und Ausgrenzung, Armut bzw. ökonomische Perspektivlosigkeit, aber auch die zunehmend spürbaren Folgen des Klimawandels. Deshalb treten wir GRÜNE hier für eine Kurskorrektur ein: für eine Politik der Konfliktprävention und -bewältigung, eines Rüstungsexportverbots an Diktaturen und in Krisengebiete, des Klimaschutzes, der Armutsbekämpfung und der Menschenrechte.

Dabei ist das Thema Fluchtursachenbekämpfung nichts für effekthascherische Schnellschüsse. Sie braucht einen langen Atem. Wir erkennen an, dass auch Deutschland eine Verantwortung für Konfliktverschärfung auf der Welt hat und setzen uns dafür ein, dass die BRD aktive Friedenspolitik macht. Für die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Minderheiten, insbesondere Roma, im Westbalkan müssen sich die Bundesregierung und die gesamte EU einsetzen. Endlich müssen den Worten auch Taten und eine tatsächliche Verbesserung der Lebenssituation der Roma in den Westbalkanstaaten folgen. Der dort gesamtgesellschaftlich vorherrschende Antiziganismus führt zu Verfolgung und Ausgrenzung. Die Flucht davor ist berechtigt und muss deshalb im Asylverfahren stärker als berechtigter Fluchtgrund berücksichtigt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Kontingentlösung für betroffene Roma aus dem Westbalkan, die mindestens 5.000 Menschen pro Jahr vorsieht. Diese Regelung wird von der Bundesregierung allerdings weiterhin blockiert.

Auch die Nachbarländer von Krisenregionen brauchen unsere verstärkte Unterstützung. Als primäre Aufnahmeländer für Flüchtlinge haben diese noch viel größere Herausforderungen zu schultern als wir in Europa. Eine deutliche Aufstockung der Hilfen für das World Food Programme und UNHCR ist angesichts der dramatischen Unterversorgung in den Flüchtlingslagern rund um Syrien unerlässlich. Dass Gelder für Entwicklungszusammenarbeit zur Flüchtlingsabwehr und Abschottung eingesetzt werden, lehnen wir ab. Finanzielle Unterstützung muss entwicklungspolitischen Zielen folgen, statt Diktatoren bei Menschenrechtsverletzungen zu unterstützen.

Wir wollen in unserem Bemühen, die Ursachen von Fluchtbewegungen einzudämmen, von Beginn an mit Migrant*innenorganisationen und den Herkunftsländern zusammenarbeiten. Denn eine gerechte und nachhaltige Einwanderungspolitik darf nicht einseitig die Interessen eines Aufnahmelandes im Blick haben. Vielmehr müssen sowohl die Interessen der Einwanderer*innen, als auch das legitime Recht der Herkunftsländer auf Wahrung ihrer Entwicklungschancen gewahrt bleiben.